

**Rede  
der Fraktionssprecherin für Jugendpolitik**

**Immacolata Glosemeyer, MdL**

zu TOP Nr. 35

Erste Beratung

**40 Jahre Erfolgsgeschichte - Niedersächsische  
Jugendwerkstätten nachhaltig stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2580

während der Plenarsitzung vom 24.01.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Jugendlichen muss eine Perspektive geboten werden. Niemand darf zurückgelassen werden! Jeder jungen Frau und jedem jungen Mann muss die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet werden. Genau da haben die Jugendwerkstätten vor 40 Jahren angesichts der steigenden Jugendarbeitslosigkeit angesetzt und große Erfolge für viele junge Menschen erzielt.

Denn sie bieten Jugendlichen, die es aus verschiedenen Gründen schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, die Möglichkeit, berufliche Grundkenntnisse zu erwerben. Dabei gehen Jugendwerkstätten über die Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Jobcenter und der Agentur für Arbeit hinaus. Ihr Alleinstellungsmerkmal ist der ganzheitliche Ansatz, der die Lebensrealität von Jugendlichen abdeckt, ihr soziales Umfeld und die Strukturen vor Ort. Konkrete Hilfe, beispielsweise bei der Wohnungssuche, bei Suchterkrankungen oder Verschuldungen, und die Förderung der individuellen Stärken, die jeder junge Mensch mitbringt - das bieten Jugendwerkstätten und mit ihnen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen ich an dieser Stelle für ihr unermüdliches Engagement ganz herzlich danken möchte.

Sie geben den jungen Menschen das Rüstzeug für ein eigenständiges Leben mit, eine Tagesstruktur, Lernbereitschaft und Verlässlichkeit.

Nach 40 Jahren Erfolgsgeschichte der Jugendwerkstätten ist die Jugendarbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen. Ihre Notwendigkeit schmälert dies jedoch nicht; denn wir sehen uns neuen Herausforderungen gegenüber. Wir alle befassen uns täglich damit. Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel, und die Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wachsen. Junge Menschen mit steinigem Bildungs- und Lebensweg brauchen mehr Unterstützung denn je.

Auch junge Geflüchtete brauchen eine ganz individuelle und sozialpädagogische Betreuung, damit ihnen in der neuen Heimat der Start in das Leben gelingt und

sie nicht auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Nicht zuletzt brauchen wir als Gesellschaft jeden einzelnen jungen Menschen in Arbeit, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und unseren Wohlstand zu sichern.

Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Teilhabe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fördern zurzeit 95 niedersächsische Jugendwerkstätten und 44 Pro-Aktiv-Centren, weil wir von ihrem unabdingbaren Nutzen überzeugt sind. Wir tun dies mit 15 Millionen Euro im Jahr. Hinzu kommen 14 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Wir unterstützen damit unsere kommunalen Jugendämter, die für die Jugendhilfe verantwortlich sind. Wir stehen aus voller Überzeugung hinter den Jugendwerkstätten, den Pro-Aktiv-Centren und vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Trotz hoher Anerkennung sehen viele Jugendwerkstätten einer vielfältigen Ungewissheit entgegen, erstens durch eine sich verändernde Rechtslage - denn sie sind ein Jugendhilfeangebot nach SGB VIII an den Schnittstellen zu SGB II, der Grundsicherung, und SGB III, der Arbeitsförderung -, zweitens durch das Wegfallen eines Förderbausteins aufgrund der verschiedenen Förderer, EU, Land, Kommune, Jobcenter. Im Jahr 2020 endet die Förderperiode der EU. Klar ist, dass ohne diese Mittel der Fortbestand nicht gesichert ist. Die Träger und Trägerinnen der Jugendwerkstätten und der Pro-Aktiv-Centren und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehnen sich zu Recht endlich nach Planungssicherheit. Die Sorge ist groß - ich weiß, dass viele Kolleginnen und Kollegen Gespräche vor Ort in ihren Wahlkreisen geführt haben -; denn es ist eben unklar, ob die Arbeitsplätze gesichert sind oder nicht und ob die gute Arbeit mit den Jugendlichen fortgesetzt werden kann. Deshalb ist es wichtig, dass wir über ein langfristiges Konzept zur Sicherung der Arbeit der Jugendwerkstätten nachdenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem ersten Entwurf für die Förderperiode 2021 bis 2027 hat die EU-Kommission im Mai letzten Jahres bereits eine noch stärkere soziale Ausrichtung signalisiert. Doch wir wollen Klarheit für die vielen Jugendlichen und Angestellten, und wir haben uns bereits in unserem

Koalitionsvertrag klar dafür ausgesprochen, Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Centren weiterhin als erste Priorität zu betrachten.

Deshalb bitten wir die Landesregierung mit unserem Antrag, erstens mit einem Konzept auch über das Jahr 2020 hinaus für Planungssicherheit für die Niedersächsischen Jugendwerkstätten zu sorgen - denn wir brauchen Verlässlichkeit -, zweitens angesichts der verschiedenen Fördertöpfe für die Jugendwerkstätten zu prüfen, inwiefern längere Laufzeiten ermöglicht werden können, drittens die Förderzeiträume zugunsten der Planungssicherheit zu synchronisieren und eine Poolfinanzierung in Niedersachsen sowie rechtsübergreifende Angebote zu prüfen, viertens einen Rechtsanspruch auf Jugendsozialarbeit für erwerbstätige junge Menschen zu prüfen und sich auf Bundesebene dafür einzusetzen. Denn die Eingliederung von Jugendlichen in die Arbeitswelt sollte eindeutig über die Jugendhilfe im Rahmen der Jugendarbeitslosigkeit zu regeln sein.

Damit bekämpfen wir soziale Ausgrenzung und schaffen Integrationschancen für die vielen jungen Menschen, die andernfalls vielleicht durch alle Netze fallen würden. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir sind an ihrer Seite und werden den Antrag in den Ausschüssen behandeln. Ich freue mich auf die gemeinsame Beratung mit Ihnen.